

GEMEINSAME RESOLUTION

Leistbares Wohnen: Maßnahmen auf Bundesebene

Die stark steigenden Wohnkosten stellen immer mehr Österreicher:innen vor immer größere finanzielle Probleme. „Wohnen“ ist neben den Energiepreisen der stärkste Preistreiber. Auch in der Steiermark werden immer mehr frei finanzierte Wohnungen, die als Anlegerwohnungen zur Kapitalbildung genützt werden, gebaut. Diese Wohnungen unterliegen keiner Mietzinsregelung und werden zu hohen Preisen vermietet. Es fehlen überdies nachvollziehbare Regelungen im Mietrecht, das nicht nur zersplittert ist, sondern auch einen veralteten Betriebskostenkatalog enthält und bei Fehlverhalten von Vermieter:innen, wie zB gesetzwidrigen Mieten oder Betriebskosten, keine Sanktionen vorsieht.

Leistbares und gutes Wohnen sind wesentliche Faktoren für das Wohlergehen der Menschen, es muss daher der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum vom Staat garantiert werden.

Die Vollversammlung der steirischen Arbeiterkammer fordert die Österreichische Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass folgende Änderung im Wohnrecht vom Parlament beschlossen werden:

1. Einführung eines Universalmietrechts mit

- **Kostenbegrenzungen durch einen bundesweiten Basishauptmietzins für eine Normwohnung mit nachvollziehbaren Zu- und Abschlägen,**
- **einer Begrenzung der Entgelte für mitvermietetes Inventar je nach der Lebensdauer bei allen Mietformen,**
- **einem Verbot von Befristungen der Mietverträge (Ausnahme nur bei Eigenbedarf),**
- **einer Entrümpelung des Betriebskostenkataloges um Grundsteuer, Versicherungs- und Verwaltungskosten, da diese keine mit dem Mietverhältnis verbundene Kosten sind,**
- **einer Beschränkung der Mieterhöhung aufgrund Indexsteigerung auf ein Mal pro Jahr.**

2. Einführung einer Geldstrafe bei Mietwucher in Höhe von 300 Prozent der gesetzwidrig vereinnahmten Mieten.

3. Ein verfassungsrechtliches Bekenntnis zur Flächenwidmung für sozialen Wohnbau.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen (**FSG**)
Freiheitliche Arbeitnehmer (**FA-FPÖ**)
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/
Unabhängige GewerkschafterInnen (**AUGE/UG**)
Gewerkschaftlicher Linksblock (**GLB-KPÖ**)



FORTSETZUNG GEMEINSAME RESOLUTION

- 4. Ausweitung des Wohnschirmes durch eine Aufstockung und Erweiterung auf die Übernahme von Rückständen bei Energie- bzw Betriebskosten.**

Graz, 3. November 2022

Für die FSG
Alexander Lechner e.h.

Für die FA-FPÖ:
Mag. Harald Korschelt e.h.

Für die AUGÉ/UG
DI Sandra Hofmann e.h.

Für den GLB-KPÖ
Kurt Luttenberger e.h.